

Liestal. Nach dem Festakt auf der H2-Baustelle der Kater: Die Gewerkschaft Unia behauptet, ein Transportunternehmen halte sich nicht an die für ihre Chauffeure geltenden Bestimmungen. Das Unternehmen wehrt sich. **Seite 41**

Weit über eine Million Franken liegen bereit

Die Budgets für die Regierungs- und Grossratswahlen sind gemacht – die SP investiert am meisten

Von Markus Vogt

Basel. Legendär ist der Ausspruch, der dem verstorbenen Zürcher Werbemann Rudolf Farner (und zuweilen auch anderen) zugeschrieben wird: «Geben Sie mir eine Million Franken, und ich mache aus einem Kartoffelsack einen Bundesrat!» Das ist etwas frei zitiert, heisst aber etwa so viel wie, dass man mit einer geschickt aufgezogenen Werbekampagne praktisch jede Person in ein politisches Amt hieven kann. Dazu braucht es nur den geeigneten Werber und natürlich, wenn wir Rudolf Farner folgen, auch das nötige Geld.

Wer etwas weiter denkt, könnte auf die Idee kommen, dass auch in unserem Land politische Ämter käuflich sind. So ist es natürlich nicht, weil in der Schweiz die Wahlen sauber über die Bühne gehen. Das Volk lässt sich von aufwendig gestalteten Kampagnen nicht blenden und riecht es förmlich, wenn irgendwer mit seiner Propaganda zu dick aufträgt. Wer es mit dem Geld übertreibt, handelt kontraproduktiv.

Ebenso falsch ist das andere Extrem: Wer nichts macht, fällt im Politzirkus schon gar nicht auf. Und so buhlen die allermeisten Politikerinnen und Politiker mit geeigneten und ungeeigneten Mitteln um Aufmerksamkeit – und schon sind wir wieder beim Geld.

Bürgerliche Defizitgarantien

Gemäss den Zahlen, die der BaZ vorliegen, investieren die Parteien insgesamt um die 300 000 Franken in die Regierungswahlen. Die rot-grüne Allianz von SP, Grünen und BastA! hat dafür 160 000 Franken bereitgestellt, das heisst je 40 000 Franken für Eva Herzog, Christoph Brutschin, Hans-Peter Wessels (alle drei SP) und Guy Morin (Grüne). Davon bezahlen die vier Kandidierenden 10 000 Franken aus dem eigenen Sack.

Die vier Bürgerlichen Christoph Eymann (LDP), Carlo Conti (CVP), Baschi Dürr (FDP) und Christophe Haller (FDP) preisen sich wie ihre linken Kontrahenten gemeinsam auf einem Viererticket an. Dafür haben ihre Parteien pro Kandidat eine Defizitgarantie von je 25 000 Franken bereitgestellt. LDP und CVP geben demnach je 25 000 Franken aus, die FDP 50 000 Franken, weil sie zwei Kandidaten stellt.

Die Grünliberalen machen für ihren Kandidaten Emmanuel Ullmann 30 000 Franken locker. Keine Angaben gibt es von der SVP, die mit Patrick Hafner und Lorenz Nägelin zwei Eisen im Feuer hat. Ein genauer Betrag sei nicht bezifferbar, meint Parteipräsident Sebastian Freh-



Vor der Wahl. Wer ins Parlament (Bild: Grossratsaal) oder in die Regierung einziehen will, braucht die Aufmerksamkeit der Wähler, von denen nur wenige auch mal auf der Tribüne zu sehen. Und Kampagnen kosten Geld.

Foto Roland Schmid

ner. Die SVP hat nur ein Budget für Regierungs- und Grossratswahlen.

Wesentlich mehr Geld fliesst für die Grossratswahlen – alle Parteien geben zusammen gegen 900 000 Franken aus. Das sind nur die allgemeinen, gewissermassen offiziellen Zahlen, weil bei einigen Parteien, vornehmlich im bürgerlichen Lager, die einzelnen Kandidierenden noch einen persönlichen Wahlkampf bestreiten.

Linke Spielregeln

Im linken Spektrum setzt die SP mit 240 000 Franken am meisten Geld ein. Dieses stammt aus Rückstellungen: Die Sozialdemokraten äufnen auch in den Jahren ohne Wahlen die Wahlkampfkasse. Dazu kommen dann noch Spenden. Die Grossratskandidaten der SP müssen 150 Franken an die Partei abliefern und erhalten als Gegenleistung einen einheitlichen Service: Ein professionelles Foto zur freien Verfügung, eine persönliche Postkarte (1000 Exemplare), die sie im Wahlkampf einsetzen können, sowie einen roten Schwimmsack, selbstverständlich mit SP-Emblem versehen. Persönliche Wahlkomitees und persönliche Inserate sind gemäss den SP-Spielregeln nicht erlaubt, sagt Parteipräsident Martin Lüchinger. Hingegen sei es erwünscht, wenn Vereine und Institutionen, in denen die Kandi-

dierenden aktiv sind, für ihre Mitglieder aktiv Werbung betreiben.

Mit 80 000 Franken geht das Grüne Bündnis in die Grossratswahlen, davon bestreiten die Grünen und BastA! je die Hälfte. Persönliche Inserate sind bei beiden Parteien nicht erlaubt. Aber persönliche Anstrengungen seien sehr erwünscht, zum Beispiel im eigenen Wahlkreis, sagt BastA!-Präsident Urs Müller. Dasselbe erklärt Co-Präsidentin Elisabeth Ackermann für die Grünen: «Natürlich ist ein persönlicher Einsatz sehr erwünscht.» Einen finanziellen Beitrag muss man weder bei den Grünen noch bei BastA! leisten; Urs Müller weist aber darauf hin, dass dies bei BastA! quasi indirekt geschieht: «Alle bisher gewählten BastA!-Grossratsmitglieder leisten den mit Abstand höchsten Beitrag aller Basler Parteien – als Mandatsabgabe.» Mandatsabgaben gibt es auch bei der SP – sie helfen dem Wahlkampfbudget nicht unwesentlich.

Den zweithöchsten Betrag gibt die CVP aus – 140 000 Franken sind budgetiert. Die Kandidierenden müssen der Partei dafür nichts bezahlen, doch «selber eigene Werbung schalten auf eigene Rechnung ist gewünscht», sagt CVP-Präsident Markus Lehmann. Ausdrücklich gewünscht sind bei der CVP auch eigene Aktivitäten mit persönlichen Inseraten und Komitees.

Die Liberalen haben für die Grossratswahlen ein Budget von 80 000 bis 90 000 Franken und fordern von ihren Kandidierenden keine Beiträge, ausser wenn sie mehr unternehmen, als das Parteiangebot vorsieht. Eigene Aktivitäten seien nach Absprache mit der Wahlkampfleitung erlaubt, teilt Parteipräsident Christoph Bürgenmeier mit.

Nachher wird ein Beitrag erwartet

Die Freisinnigen rechneten mit «maximal 100 000 Franken, eher weniger», verrät FDP-Präsident Daniel Stolz. Von den Grossratskandidaten erwartet die FDP einen eigenen Wahlkampf. Ebenso von den beiden Regierungskandidaten – den haben Baschi Dürr und Christophe Haller längst lanciert. «Im Falle einer Wahl erwartet die Partei neben den Ämterabgaben auch einen Wahlkampfbeitrag. Diese Regelung soll es jedem/jeder ermöglichen, zu kandidieren, egal wie seine/ihre finanziellen Verhältnisse sind. Das ist Chancengleichheit», erklärt Parteipräsident Daniel Stolz. Keine Frage, dass die FDP-Kandidaten über die Parteiativitäten hinaus aktiv werden dürfen: «Das erwarten wir sogar», sagt Stolz dezidiert. Auch SVP-Präsident Sebastian Frehner möchte, dass seine Parteifreunde selbst etwas unternehmen und sich von Komitees unterstützen lassen.

Mit 55 000 Franken steigen die Grünliberalen in die Grossratswahlen. Eine finanzielle Beteiligung fordert die Partei nur von denjenigen Kandidierenden, die zulasten des Parteiwahlkampfbudgets auf den Werbeprodukten besonders abgebildet sind und beworben werden, also auf Plakaten, Flyers et cetera. Dies, weil sie von direkt und persönlich eingesetzten Werbekosten profitieren. «Ja gerne», sagt GLP-Präsident David Wüest-Rudin auf die Frage, ob seine Parteifreunde selber aktiv werden dürfen.

Alles ohne Gewähr

Alles in allem: um die 300 000 Franken für die Regierungswahlen und gegen 900 000 Franken für die Parlamentswahlen, also etwa 1,2 Millionen Franken. Das dürfte längst nicht alles sein, denn was private Unterstützungskomitees finanziell beisteuern, gelangt in aller Regel nicht an die Öffentlichkeit. Diskretes Handling ist angesagt: Wer eine Partei unterstützt, hängt dies selten an die grosse Glocke; Geschäftsleute etwa wollen weder Kunden noch Geschäftsfreunde verlieren.

Schliesslich gilt das Gleiche wie bei den Lottozahlen: alles ohne Gewähr. Die eine oder andere Partei könnte sich plötzlich veranlasst sehen, nachzulegen. Was wieder Spender braucht ...

ANZEIGE

Beschimpft und mit Eimern beworfen

Verbale Attacken gegen Politiker und Beamte kommen vor – Angriffe sind selten

Von Martin Regenass

Basel. Das Klybeckfest gilt normalerweise als ein Fest mit einem offenen Geist. Nicht so am letzten Samstag, als Stadtentwickler Thomas Kessler die Veranstaltung besuchte. Laut der «Baselandschaftlichen Zeitung» sei plötzlich ein Linksautonomer auf die Bühne gesprungen und habe Parolen gegen Kessler gebrüllt. Die Aktion habe im Publikum keinen Anklang gefunden, worauf sich gemäss Kessler sieben Rädelführer und 25 Mitläufer zusammaten. Diese hätten ihn aus der Distanz beschimpft und mit Plastikbechern und Eimern beworfen. Als dies nicht fruchtete, seien sie näher gekommen und hätten ihn bedroht, worauf Kessler das Areal verliess.

«Was da passiert ist, ist ziemlich einmalig», sagt Klaus Mannhart, Mediensprecher der Kantonspolizei Basel-Stadt. Zwar komme es in der Verwaltung immer wieder vor, dass gedroht werde. Aber dass Leute direkt auf einen Kantonsangestellten oder Politiker losgingen, das sei sehr selten.

Eine unangenehme Erfahrung mit einer «verbal relativ scharfen» Drohung

hat auch Basels Regierungspräsident Guy Morin (Grüne) vor drei Monaten machen müssen. Er musste bei der Polizei Personenschutz für eine öffentliche Veranstaltung beantragen. «Das war im Zusammenhang mit einer Vormundschaftsgeschichte, die schon länger zurückliegt. Es war schwierig, abzuschätzen, wie ernst das gemeint war. Aber es ist sehr unangenehm», sagt Morin.

Eine Erfahrung mit Personenschutz musste auch die Basler Ständerätin Anita Fetz (SP) während «einer Phase» machen, als gegen sie Morddrohungen ausgestossen wurden. Über die genauen Umstände will sich Fetz nicht äussern.

Gass in Fanzeitung angeprangert

Auch schon betroffen von einer öffentlichen Anfeindung war Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass (FDP). Sein Konterfei erschien einmal im «Schreyhals», einer Zeitung von FCB-Fans der Mutterzkerkurve. Grund war die Verschärfung des Hooligan-Gesetzes. Sinn gemäss stand da, dass Gass der wahre Übeltäter der Verschärfung sei und dass man ihn ergreifen solle, bevor es noch

schlimmer werde. Keine persönlichen Drohungen erlebt haben die Regierungsräte Eva Herzog und Christoph Brutschin (beide SP). Brutschins Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt hingegen sei immer wieder Zielscheibe von bösen Briefen im Bereich Sozialleistungen, Prämienverbilligungen oder im Zusammenhang mit der Vormundschaftsbehörde. «Das sind sehr emotionale Themen, da sie die Existenz der Leute betreffen», sagt Brutschin. Gemessen an allen Fällen, bewegten sich solche Drohungen im Promillebereich.

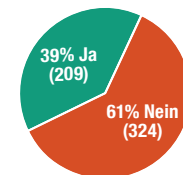
Im Grossen und Ganzen scheinen sich die Basler Politiker in der Öffentlichkeit sicher zu fühlen. Es komme manchmal zu Anfeindungen und blöden Sprüchen in Beizen, aber das seien eher harmlose Dinge, sagt Nationalrat Sebastian Frehner (SVP).

«Dass ich angepflaumt oder beschimpft werde, das kann es geben. Damit kann ich gut leben. Die Sache mit Thomas Kessler allerdings ist bedenklich. Das entspricht nicht unserem Demokratieverständnis», sagt Nationalrat Markus Lehmann (CVP).

Frage des Tages

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Soll die Stadt Liestal für Bauprofile im Ziegelhofareal zahlen?



Keine Blechpolizisten im Aargau – ist das richtig?

Blechpolizisten, viele sprechen von «Busengeneratoren», sind im Aargau tabu (Seite 39). Ist das richtig? www.baz.ch

ANZEIGE

ENGLISH CENTER BASEL SCHOOL OF ENGLISH

Perfekt Englisch lernen in Basel

Mit dem modernsten Sprachsystem Europas

Neue Diplommkurse Jetzt anmelden!

English Center Basel AG
Weisse Gasse 6, 4001 Basel
T 061 269 41 41 info@englishcenterbasel.ch
www.englishcenterbasel.ch

Das FG Basel: Einen Besuchstag wert!

Montag, 27. August 2012
8.00–14.45 Uhr



Freies Gymnasium Basel
Scherkesselweg 30, 4052 Basel
T +41 61 378 98 88, info@fg-basel.ch
www.fg-basel.ch

Vom Kindergarten bis zur Maturität – alle Bildungswege unter einem Dach.